



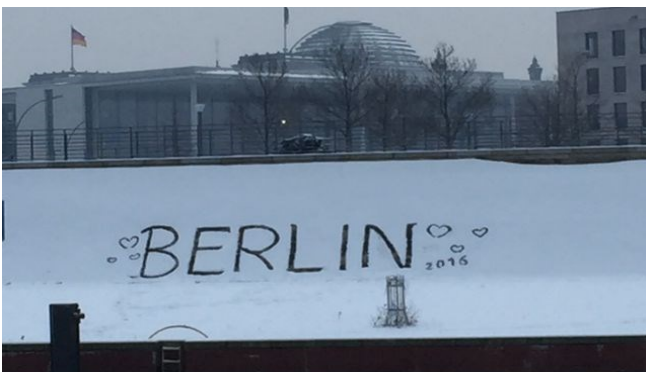
MITTAGSPOST

Im Plenum diskutiert und beschlossen

- Der Bundestag hat seine erste Sitzung im Jahr 2016 mit einer Debatte über die Konsequenzen aus den Ereignissen von Köln an Silvester begonnen. Redner aller Fraktionen verurteilten die sexuellen Übergriffe, aber warnten vor einem Generalverdacht gegen Flüchtlinge. Das Ausweisungsrecht wird verschärft, denn – so Justizminister Heiko Maas – „niemand darf sich über Recht und Gesetz stellen, egal welchen Pass er hat.“
- Flüchtlinge in Deutschland bekommen einen einheitlichen Ausweis, hat der Bundestag beschlossen, um den Behörden Austausch und Abgleich von Daten zu erleichtern. Bis Sommer soll er flächendeckend eingeführt sein.
- Banken dürfen künftig niemanden mehr abweisen, der ein Konto eröffnen will. Nach einer EU-Richtlinie kommt das Girokonto für Jedermann. Der Bundestag beriet in 1. Lesung.
- Verbraucher sollen bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mehr Klarheit bekommen. Die Koalition fordert eine Reform des Lebensmittelbuches – nach langem Verzögern hat Bundesminister Schmidt nun rechtzeitig zur Grünen Woche auch eine Absichtserklärung abgegeben.

Aktuelles aus der Bundestagsfraktion

- Nach dem Gesetz zum flächendeckenden Mindestlohn geht es nun darum, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Ein Entwurf liegt vor, wird aber mit der CDU strittig diskutiert. Doch Vereinbarungen im Koalitionsvertrag müssen umgesetzt werden! Wer in einem Betrieb gemeinsam arbeitet, soll gleichviel verdienen und gleich behandelt werden. Die Höchstdauer bei Überlassungen will die SPD auf 18 Monate begrenzen. Werkverträge und Leiharbeit sind ein gutes Instrument, um Auftragsspitzen zu bewältigen, dürfen aber nicht auf Kosten der Stammbeschäftigten gehen.
- Auf unserer Klausursitzung Anfang Januar hat sich die SPD-Bundestagsfraktion gegen eine Novellierung der Gebührenordnung der Ärzte ausgesprochen. Das heißt im Klartext: die Honorare für Privatärzte sollen nicht steigen, Kassenpatienten nicht weiter benachteiligt werden, denn Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen wieder zu gleichen Teilen von Versicherten und Arbeitgebern getragen werden. Außerdem will die SPD immer noch, dass Arbeitgeber wieder genauso viel für die Krankenversicherung bezahlen wie die Arbeitnehmer.
- Verabschiedet hat sie außerdem ein Positionspapier zur Inneren Sicherheit, mit Verbesserungen Bundes- und Forderungen auf Landesebene bei Polizei, Justiz, Verwaltung und Politik. Leider hat das schon 2015 vorbereitete Papier mit Köln eine traurige Aktualität erhalten, es zeigt aber, dass unsere Vorschläge hoch aktuell und notwendig sind.



Sehenswert

Die Polizei arbeitet am Limit - es fehlt Personal- das haben die Vorkommnisse in Köln gezeigt. Sachsen hat jetzt ein Gesetz beschlossen, nach dem Wachpolizisten eingesetzt werden. Der Haken dabei: sie sollen eine Schusswaffe tragen, haben aber nur eine dreimonatige Ausbildung. Im Interview für die Sendung Kontraste habe ich meine Bedenken formuliert. Ich halte nichts davon, es müssen mehr Polizisten komplett ausgebildet und eingestellt werden. **Kontraste/ARD** am Donnerstag, den 21. Januar um 21.45 Uhr (geplant)



Sehenswert ist eine Ausstellung über NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum im Paul-Löbe-Haus. Fast 13 Millionen Menschen mussten im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten. Die Situation der Menschen im ländlichen Raum wurde bislang wenig beleuchtet. Hier setzt die Ausstellung an und ist mit einem speziellen Konzept für die gedacht, die vor Ort in Vereinen gegen das Vergessen aktiv sind. In Berlin ist sie bis Ende Februar zu sehen.

Berliner Gespräche



Der neue Landesgeschäftsführer der niedersächsischen SPD, Georg Brockmeyer, war zu Gast bei der **Landesgruppe**. (hier

im Bild mit dem Vorsitzenden Lars Klingbeil, MdB) Schließlich wirft die Kommunalwahl in Niedersachsen ihre Schatten voraus und erste innovative Vorhaben wurden vorgestellt. Wichtig z. B. für Planung und Ideen vor Ort ist der kommunalpolitische Kongress in Hannover am 27. 02. 16. zur Info und für Netzwerke und Ideenaustausch. Termin schon mal vormerken! Ich fahre hin, auch wenn ich nach 20 Jahren nicht mehr für den Stadtrat kandidiere.

Die Arbeit im **NSA Untersuchungsausschuss**

geht auch 2016 zügig weiter, auch wenn das Thema in den Medien derzeit nur am Rande vorkommt. Intensiv mit der Problematik befasst sich der Gymnasiast Martin Schleiffer. Er kam für eine Facharbeit über



das Instrument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Beispiel von NSA eige- nens von Koblenz nach Berlin, um mich dazu eine Stunde lang zu befragen.

Termine – eine Auswahl:

15.01. 18.00 Uhr Neujahrsempfang Diakonisches Werk Delmenhorst

16.01. 10.00 Uhr Sitzung Bezirksvorstand Oldenburg

17.01. 11.00 Uhr Neujahrsempfang OV Ganderkesee, Menkens Grüner Hof

21.01. 10.00 in Berlin Gespräch mit dem Landvolk Wesermarsch und Friesland, anschließend Besuch auf der Grünen Woche

22.01. 10.00 IGS Delmenhorst, abends Neujahrsempfang beim Hanse Wissenschaftskolleg

23.01 18.00 Bürgerverein Blexen

24.01. Festrednerin beim Neujahrsempfang der SPD in Achim

die nächste Sitzungswoche in Berlin beginnt am 25. Januar